

## Hüben wie drüben Frust

Mit erneut geänderten Plänen für das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) verärgert die Regierung Freund und Feind

Die Projektierung des PJZ ist für die Zürcher Kantonsregierung kein Ruhmesblatt. Wie viel Platz die neuen Abteilungen gegen Cybercrime brauchen, ist nicht klar. Der 570-Millionen-Neubau lässt sich nicht mehr verhindern.

Stefan Hotze

Manchmal entsteht der Eindruck, der Zürcher Regierungsrat habe es geradezu darauf angelegt, das Parlament zu provozieren. Mit den jüngsten Anpassungen am grössten Hochbauvorhaben des Kantons hat er Gegner und Befürworter des neuen Polizei- und Justizzentrums (PJZ) gleichermaßen gegen sich aufgebracht. Für das Projekt wird das voraussichtlich keine Folgen haben. Der alte Güterbahnhof am geplanten Standort ist bis auf einen kleinen Rest weg, der Kanton hat das Gelände den SBB abgekauft, die Sanierung der Altlasten im Boden ist abgeschlossen, demnächst beginnen die Aushubarbeiten.

### Polizeikaserne bleibt

So herrscht vor allem Frust. Die Befürworter um FDP und SP sind verärgert, dass die Regierung ein erneutes Chaos angerichtet hat. Die Gegner, vor allem Grüne, SVP und GLP, lasten sich als ihre Verantwortung an, dass es ihnen nicht gelungen ist, die Stimmberechtigten davon abzuhalten, dem PJZ zweimal zuzustimmen. Gegen dessen Bau lasse sich wenig machen, aber man versuche, sich überparteilich zu finden, sagt die grüne Fraktionspräsidentin Esther Guyer. Sie habe schon vor einiger Zeit munkeln gehört, Thomas Würzler, der Kommandant der Kantonspolizei, wolle nicht aus der Polizeikaserne ausziehen. Der gravierendste Vorwurf lautet, der

Volksentscheid von 2003 werde nicht korrekt umgesetzt. Das trifft zweifellos bezüglich des Kasernenareals zu, das seit Jahrzehnten der Bevölkerung versprochen wird. Weil das Polizeikommando im PJZ nun doch nicht Platz findet (nur die Leitung der Kripo soll umziehen), bleibt der massige Backsteinbau neben der Militärkaserne stehen. Die Aussicht auf ein vollständig zugängliches Kasernenareal dürfte zahlreiche Stimmberechtigte bewogen haben, dem PJZ zuzustimmen.

Weit schwieriger ist die Frage zu beurteilen, ob das Projekt den Nutzen bringt, den man sich davon erhofft. Die Vorlage von 2003 beruhte auf einer Testplanung. Gleichwohl zählte die Regierung in der Weisung detailliert den Raumbedarf für die damals auf insgesamt 1750 bezifferten Beschäftigten im PJZ auf. Dass diese Angaben nach mehreren Jahren nicht mehr in allen Punkten zutrafen, verwunderte nicht, bot aber den Gegnern, als es um den Baukredit ging, die Möglichkeit, das Projekt erneut grundsätzlich anzugreifen. Den Synergieeffekt bezifferte der Kanton 2001 auf 285 000 Franken. Auf der anderen Seite kann man sich fragen, inwieweit Überlegungen zur Wirtschaft-

fbi. • Beim Kanton bemüht man den ge-

lichkeit im Fall von Polizei, Justiz und einem Gefängnis möglich sind.

Andererseits haben es ihnen die Planer des Kantons leichtgemacht. Das fing damit an, dass das PJZ zuerst in drei Etappen realisiert werden sollte. Dann sollte es in einem Zug erbaut werden. Plötzlich erschienen Räume für den Bund und ein Rechenzentrum im Raumprogramm, was das Projekt vorübergehend aufblähte. Andererseits sollten die Oberstaatsanwaltschaft und die Oberjugendanwaltschaft in das PJZ einziehen, jetzt aber doch wieder nicht.

Die Geschichte zeigt, dass sehr früh Planungsfehler begangen wurden. So wurde das PJZ zunächst als ideale Heimstätte für die Einsatzzentrale der Verkehrspolizei angepriesen, ehe diese an den Flughafen verlegt wurde. Nur allmählich reifte die Erkenntnis, dass die sogenannte Spezialfahndung, in der auch verdeckte Ermittler wirken, nicht unbedingt im gleichen Gebäude ihre Büros haben sollte, wo Untersuchungshäftlinge über die Gänge geführt werden. Bis vor kurzem war ein einziger Eingang für das PJZ geplant, für Staatsanwälte, Polizisten, Anwälte, Angehörige von Häftlingen. Letzte Woche gab Projektleiter Hans-Rudolf Blöchliger

stechen ins Auge. Mehr Raum, nämlich

bekannt, man werde nun drei separate Zugänge bauen.

Das Muster kommt einem bekannt vor. So kam es im Fall des Massnahmenzentrums Uitikon während der Sanierung und Erweiterung zu wiederholten Anpassungen, die in einer rollenden Planung endeten. Die Kosten überstiegen das Plansoll um einen Drittel. Nur die Baudirektion dafür zu schelten, wäre voreilig. Offenbar liegt das Problem darin, dass sich zwei oder drei gleichberechtigte Direktionen einigen müssten. Deshalb favorisiert der Kantonsrat das Mietermodell; Das Immobilienamt wäre zentral für sämtliche Liegenschaften des Kantons zuständig. Der Regierungsrat hat sich anders entschieden, lässt in der Gesundheit und Bildung die Gebäude in der Obhut der jeweiligen Direktion und führt im Übrigen Abklärungen durch. In diesem seit Jahren schwelenden Konflikt mit der Regierung kann das Parlament ebenfalls nicht viel mehr machen als die Faust ins Sack.

### Kein Ersatz für Zellenplätze

Ob eine alleinige Federführung durch die Baudirektion die Projektierung des PJZ vereinfacht hätte, kann kaum be-

anwältin, 15 Polizisten sowie 11 Infor-

urteilt werden. Sicher ist, dass ein Baustopp, den seine Gegner gerne hätten, eine Reihe von Problemen ungelöst liesse. Am gravierendsten wäre, dass mit dem im PJZ geplanten Polizei- und Justizgefängnis kein Ersatz da wäre für die heutigen kaum rechtskonformen Zellen, die entweder völlig veraltet oder provisorisch sind. Ohne PJZ dürfte die Kasernenwiese noch lange durch das Polizeigegefängnis besetzt bleiben. Umgekehrt bliebe der Auftrag unverändert bestehen, auf dem Areal des Güterbahnhofs einen Neubau zu errichten, um darin zentrale Abteilungen der Kapo und der Strafverfolgungsbehörden, Ausbildungseinrichtungen der Polizei sowie das Polizei- und das Gefängnis für den Bezirk Zürich zusammenzuführen. Der Beschluss hat die Form eines Gesetzes, dessen Aufhebung das Zürcher Volk im September 2011 ablehnte.

ANZEIGE



## Cybercrime-Abteilung erst zu einem Drittel besetzt

stiegenen Flächenbedarf als Grund für die Misere beim Polizei- und Justizzentrum (PJZ). Rund 250 zusätzliche Vollzeitstellen werden laut der Sicherheitsdirektion bis zum Bezug im Jahr 2020 nötig, weshalb das Gebäude dann bereits wieder zu klein ist. Klar ist, welche Abteilungen mehr Raum beanspruchen als ursprünglich geplant. Insbesondere der erhöhte Platzbedarf der Informatik mit 1300 Quadratmetern sowie die 600 Quadratmeter für die Polizeischule

insgesamt 500 Quadratmeter, in Anspruch nimmt aber auch die neu geschaffene Cybercrime-Abteilung. Diese soll Betrug, Datendiebstahl, Kinderpornografie oder Handel mit Medikamenten und illegales Glücksspiel im Netz bekämpfen. Allerdings ist der Fahrplan für die Abteilung erst bis 2015 festgelegt. Dann sollen es rund 20 Personen mehr sein als heute. Im Juni 2012 beschloss der Regierungsrat nämlich, bis Ende des nächsten Jahres ein Team von 4 Staats-

matikspezialisten zusammenzustellen. Derzeit sind diese Stellen erst zu einem Drittel besetzt. Die Gruppe umfasst 2 Staatsanwälte, 2 Sekretärinnen, 6 Ermittler sowie einen Offizier. Diese sind in der Polizeikaserne untergebracht.

Wie viele Stellen für das Kompetenzzentrum bis 2020 geplant sind, will die Sicherheitsdirektion derzeit nicht sagen. Sie verweist auf Vorstösse im Kantonsrat zu dieser Thematik. Diesen Antworten vorzugreifen, sei man nicht befugt.